



Samstag, 21. Februar 2026, 14:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Energie auf Kante genäht

Politische Dogmen drohen Europas Versorgungssicherheit zu zerstören.

von Günther Burbach
Foto: Marko Aliaksandr/Shutterstock.com

*Der Winter 2025/26 legt schonungslos offen, was lange
verdrängt wurde: Die europäische Energiepolitik ist*

kein belastbares System mehr, sondern ein fragiles Konstrukt, das nur funktioniert, solange Wetter, Märkte und Geopolitik mitspielen. Bleibt es länger kalt, fällt der Wind schwach aus und bleiben Lieferketten angespannt, zeigt sich, wie dünn die Decke geworden ist. Was als „Transformation“ verkauft wurde, erweist sich in der Praxis als riskanter Blindflug, mit der eigenen Bevölkerung als Versuchsanordnung. Dabei kam diese Situation nicht plötzlich. Sie ist das Ergebnis einer langen Kette politischer Entscheidungen, die weniger von physikalischer Realität als von ideologischer Selbstvergewisserung geprägt waren. Versorgungssicherheit galt als altmodisches Konzept. Speicher galten als Übergangslösung. Grundlast wurde zum Unwort. Stattdessen setzte man auf Narrative: Der Markt werde es regeln, der Ausbau der Erneuerbaren werde rechtzeitig greifen, Effizienz werde Lücken schließen. Doch Energie folgt keinen politischen Wunschbildern. Sie folgt Gesetzen, die sich nicht verhandeln lassen.

Besonders deutlich wird das beim Gas. Gas ist in Europa seit Jahren der zentrale Puffer im System; nicht aus Liebe zum fossilen Energieträger, sondern aus Notwendigkeit. Es gleicht Schwankungen aus, springt bei Dunkelflauten ein, stabilisiert Netze, hält Industrie und Wärmeversorgung am Laufen. Genau deshalb war der Aufbau großer Speicher einst eine Lehre aus früheren Krisen. Man hatte verstanden: Wer keine eigenen Reserven hat, macht sich erpressbar.

Diese Lehre wurde wieder vergessen. Statt Speicher als strategische

Infrastruktur zu behandeln, wurden sie politisch entwertet. Verpflichtende Füllstände galten plötzlich als Marktverzerrung. Sicherheitslogik wurde durch Preissignale ersetzt. Dass ausgerechnet eine neue Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun hatte, als verbindliche Mindestfüllstände zu lockern, passt in dieses Bild. Die Hoffnung: Der Markt wird liefern. Die Realität: Der Markt liefert nur, wenn es sich lohnt, und oft erst dann, wenn es teuer wird.

Die derzeitige Kälteperiode zeigt, wie riskant diese Denkweise ist. Gas wird entnommen, Speicherstände sinken, Nachschub ist unsicher. Gleichzeitig wird so getan, als sei LNG die universelle Lösung.

Flüssiggas, über Ozeane transportiert, mit begrenzter Verfügbarkeit, abhängig von globaler Nachfrage und geopolitischen Spannungen. Europa konkurriert dabei nicht mit moralischen Argumenten, sondern mit asiatischen Märkten, die bereit sind, höhere Preise zu zahlen. Wer glaubt, die USA oder andere Lieferländer würden unbegrenzt und bevorzugt liefern, verwechselt Partnerschaft mit Selbstlosigkeit.

Energiehandel folgt Interessen, nicht Freundschaften. Wenn es anderswo mehr Geld gibt, fährt das Schiff dorthin. Diese Realität wurde in Europa lange ignoriert. Man sprach von „verlässlichen Partnern“, während man gleichzeitig die eigene Verhandlungsmacht schwächte. Der Ausbau von LNG-Infrastruktur wurde als Akt der Unabhängigkeit gefeiert, ohne zu fragen, wie abhängig man sich damit von globalen Spotmärkten macht. Pipelinegas wurde politisch verteufelt, LNG als saubere Alternative verklärt, obwohl die Klimabilanz durch Verflüssigung, Transport und Wiederverdampfung kaum besser, oft sogar schlechter ist.

Gleichzeitig wurde die klassische Energieerzeugung systematisch demontiert. Der Ausstieg aus der Kernkraft erfolgte nicht als Teil

eines abgestimmten Übergangs, sondern als politisches Symbol. Dass damit eine stabile, CO₂-arme Energiequelle verschwand, wurde bewusst in Kauf genommen. Kohlekraftwerke sollten als Reserve dienen, wurden aber politisch stigmatisiert. Gaskraftwerke galten als Brücke, ohne dass man sicherstellte, dass diese Brücke auch begehbar bleibt, wenn das Gas knapp wird.

Die Dunkelflaute entlarvt dieses Konstrukt. Wenn weder Wind noch Sonne liefern, bleiben genau jene Kraftwerke übrig, die man politisch loswerden wollte. Dann werden plötzlich Kohlekraftwerke hochgefahren, mit allen Folgen für Emissionen und Kosten. Die CO₂-Bilanz, auf der große Teile der Energiepolitik beruhen, wird in diesen Momenten zur Farce. Emissionen steigen, Preise explodieren, und der Bevölkerung wird erklärt, das sei alternativlos. Alternativlos ist daran nur die physikalische Realität, nicht der politische Weg, der dorthin geführt hat.

Besonders problematisch ist, dass diese Politik auf Kante genäht wurde. Es gibt kaum Puffer, kaum Redundanzen, kaum Spielräume. Jedes weitere Problem – ein längerer Winter, ein Lieferausfall, eine geopolitische Eskalation – kann das System kippen lassen.

Dann steht Europa vor der Wahl zwischen Versorgungsausfällen und Extrempreisen. Beides trifft vor allem jene, die ohnehin wenig Spielraum haben: Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleine Betriebe, energieintensive Industrien.

Diese Entwicklung ist kein Naturereignis. Sie ist politisch verursacht. Die Weichen wurden falsch gestellt, als man Versorgungssicherheit gegen Ideologie eintauschte. Als man glaubte, man könne komplexe Energiesysteme allein mit Zielmarken und Moral steuern. Als man Risiken externalisierte an die Zukunft, an den Markt, an andere Länder.

Der Gedanke, Gaskraftwerke könnten die Notlösung für Dunkelflauten sein, wirkt unter diesen Bedingungen fast absurd. Was nützen Reservekraftwerke, wenn der Brennstoff fehlt oder unbezahlbar wird? Was nützen Speicher, wenn sie nicht gefüllt sind? Was nützt Infrastruktur, wenn sie vom Wohlwollen globaler Märkte abhängt? Diese Fragen wurden nicht beantwortet, sie wurden verdrängt.

Europa hat sich in eine Lage manövriert, in der es seine Energie zunehmend zu Höchstpreisen einkaufen muss. Nicht, weil es keine Alternativen gäbe, sondern weil man sie politisch ausgeschlossen hat.

Langfristige Lieferverträge wurden gekappt, Diversifikation ideologisch gefiltert, eigene Ressourcen tabuisiert. Stattdessen setzte man auf moralische Überlegenheit und die Hoffnung, andere würden schon liefern, wenn es eng wird.

Der Winter ist dabei nur der Verstärker, nicht die Ursache. Die Ursache liegt in einer Energiepolitik, die Risiken systematisch unterschätzt und Verantwortung nach unten weiterreicht. Wenn es eng wird, soll die Bevölkerung sparen, verzichten, zahlen. Die politischen Entscheidungen, die zu dieser Lage geführt haben, bleiben hingegen selten Thema. Kritik wird schnell als rückwärtsgewandt oder unsolidarisch abgetan.

Doch Energiepolitik ist keine Glaubensfrage. Sie ist Infrastrukturpolitik. Und Infrastruktur muss funktionieren, auch dann, wenn es unbequem wird. Genau daran scheitert das derzeitige Modell. Es ist nicht resilient, sondern fragil. Nicht robust, sondern abhängig. Nicht zukunftsfähig, sondern krisenanfällig.

Profiteure, politische Blockaden, und

warum Korrekturen systematisch ausbleiben

Je angespannter die Energiesituation wird, desto deutlicher zeigt sich ein Paradox: Während große Teile der Bevölkerung unter explodierenden Preisen leiden und ganze Industriezweige ihre Zukunft infrage stellen müssen, gibt es Akteure, die von genau dieser Unsicherheit profitieren. Die Krise ist für sie kein Unfall, sondern ein Geschäftsmodell. Energie wird zum Spekulationsobjekt, Versorgung zur Ware, Knappheit zum Preishebel.

Allen voran profitieren globale Energiehändler und Finanzakteure. LNG wird nicht langfristig zu stabilen Preisen geliefert, sondern häufig über kurzfristige Spotmärkte gehandelt. Dort zählt nicht Versorgungssicherheit, sondern Zahlungsbereitschaft. Wer mehr bietet, bekommt den Zuschlag. Europa ist damit in einem globalen Bieterwettbewerb gefangen, den es kaum gewinnen kann, weil es politisch darauf verzichtet hat, sich langfristig abzusichern. Statt verlässlicher Lieferbeziehungen setzt man auf „Flexibilität“; ein Wort, das in der Praxis bedeutet, jederzeit überboten werden zu können.

Auch innerhalb Europas gibt es Gewinner. Energieversorger, die ihre Erzeugungskapazitäten bereits abgeschrieben haben, verdienen an hohen Marktpreisen. Betreiber fossiler Reservekraftwerke werden plötzlich wieder gebraucht, zu Konditionen, die politisch kaum kontrolliert werden. CO₂-Zertifikate verteuern den Betrieb zusätzlich, was die Preise weiter nach oben treibt. Die Kosten landen nicht bei denen, die die Regeln gemacht haben, sondern bei Haushalten und Unternehmen.

Gleichzeitig wird politisch so getan, als seien die steigenden Preise ein naturgegebenes Phänomen. Der Krieg, das Wetter, die Märkte — all das wird als

Erklärung bemüht, um Verantwortung zu verwischen.

Dass viele der heutigen Engpässe hausgemacht sind, bleibt Randnotiz. Korrekturen würden bedeuten, eigene Fehlentscheidungen einzugestehen. Genau das ist politisch unerwünscht.

Ein besonders deutliches Beispiel ist der Umgang mit Gasspeichern. Speicher sind keine Renditeobjekte, sondern Sicherheitsinfrastruktur. Sie kosten Geld, bringen im Normalbetrieb wenig Profit und entfalten ihren Wert erst in Krisen. Genau deshalb brauchen sie klare politische Vorgaben. Wer diese Vorgaben kippt oder aufweicht, folgt nicht ökonomischer Vernunft, sondern einem ideologischen Marktglauben, der Sicherheit als ineffizient betrachtet. Dass diese Logik in einem Energiesystem mit extremen Abhängigkeiten fatal ist, wird erst dann sichtbar, wenn es zu spät ist.

Hinzu kommt die politische Blockadehaltung gegenüber alternativen Ansätzen. Eine Debatte über technologieoffene Lösungen findet kaum statt. Kernenergie gilt als erledigt, obwohl sie in vielen Ländern weiterhin ein zentraler Baustein der Stromversorgung ist. Eigene Gasförderung wird tabuisiert. Langfristige Lieferverträge gelten als politisch unrein. Stattdessen wird auf immer ambitioniertere Ausbauziele gesetzt, ohne die Frage zu beantworten, wie die Übergangszeit stabil überbrückt werden soll.

Diese Politik ist nicht nur riskant, sie ist sozial blind. Hohe Energiepreise treffen nicht alle gleich. Wer viel verdient, kann sie abfedern. Wer wenig hat, nicht.

Energiearmut ist längst Realität, wird aber selten so benannt. Stattdessen wird individualisiert: Die Menschen sollen sparen, ihr Verhalten ändern, effizienter werden. Dass Einsparungen physikalische und soziale Grenzen haben, wird ausgeblendet. Nicht

jeder kann seine Wohnung weiter abkühlen, nicht jeder kann Investitionen in neue Technik stemmen.

Besonders perfide ist dabei die moralische Aufladung der Debatte. Wer auf Versorgungssicherheit pocht, gilt schnell als rückwärtsgewandt, wer auf bezahlbare Energie besteht, als unsolidarisch. So wird eine sachliche Diskussion über Risiken und Alternativen verhindert. Ideologie ersetzt Analyse. Haltung ersetzt Planung.

Dabei liegen realistische Alternativen auf dem Tisch. Eine Energiepolitik, die diesen Namen verdient, würde Versorgungssicherheit wieder als gleichrangiges Ziel neben Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit definieren. Sie würde Redundanzen schaffen, statt sie abzubauen. Sie würde Speicher, Reservekapazitäten und langfristige Verträge nicht als Makel, sondern als Versicherung begreifen. Und sie würde technologieoffen denken, statt sich selbst Optionen zu verbauen.

Dazu gehört auch Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Die Energiewende ist kein Selbstläufer und kein kostenloses Projekt. Sie braucht Zeit, Investitionen und Übergangslösungen. Wer so tut, als ließen sich fossile Energien über Nacht ersetzen, betreibt politische Täuschung. Wer Risiken verschweigt, verspielt Vertrauen. Und Vertrauen ist in Krisenzeiten entscheidender als jedes Narrativ.

Warum passiert diese Kurskorrektur nicht? Weil das bestehende System politisch bequem ist. Es erlaubt, Verantwortung zu delegieren – an Märkte, an internationale Entwicklungen, an „Sachzwänge“. Es schafft Profiteure mit Einfluss. Und es verschiebt die Kosten auf viele Schultern, die wenig politische Macht haben. Solange dieser Mechanismus funktioniert, fehlt der Druck zur Veränderung.

Doch dieser Druck wächst. Mit jedem Winter, der an den Reserven

zehrt. Mit jeder Rechnung, die Haushalte überfordert. Mit jeder Industrieentscheidung, die gegen den Standort Europa ausfällt. Die Frage ist nicht, ob sich die Energiepolitik ändern muss, sondern wie spät diese Einsicht kommt und wie hoch der Preis dann sein wird.

Wenn Europa nicht dauerhaft zu Höchstpreisen Energie importieren will, muss es sich von der Illusion verabschieden, Energie lasse sich allein über Moral und Markt steuern.

Es braucht Planung, Vielfalt und strategische Nüchternheit. Nicht als Rückschritt, sondern als Voraussetzung für eine funktionierende Transformation.

Die Weichen, die in den vergangenen Jahren falsch gestellt wurden, lassen sich korrigieren. Aber nur, wenn man bereit ist, Ideologien zurückzustellen und Verantwortung zu übernehmen. Energiepolitik entscheidet nicht über Haltungen, sondern über Wärme, Arbeit und Stabilität. Wer das vergisst, setzt nicht nur das System, sondern die Gesellschaft aufs Spiel.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.

